linguae & litterae

Publications of the School of Language & Literature
Freiburg Institute for Advanced Studies

Edited by
Peter Auer, Gesa von Essen, Werner Frick

Editorial Board

Michel Espagne (Paris), Marino Freschi (Rom), Ekkehard König (Berlin),
Michael Lackner (Erlangen-Nürnberg), Per Linell (Linköping),
Angelika Linke (Zürich), Christine Maillard (Strasbourg),
Lorenza Mondada (Basel), Pieter Muysken (Nijmegen),
Wolfgang Raible (Freiburg), Monika Schmitz-Emans (Bochum)

Editorial Assistant
Frauke Janzen

Volume 32

**Skandale zwischen
Moderne und
Postmoderne**

Interdisziplinäre Perspektiven auf Formen
gesellschaftlicher Transgression

Herausgegeben von Andreas Gelz,
Dietmar Hüser und Sabine Ruß-Sattar

DE GRUYTER

GE
2014
2349

ISBN 978-3-11-030765-8
e-ISBN 978-3-11-034572-8
ISSN 1869-7054

Library of Congress Cataloging-in-Publication Data

A CIP catalog record for this book has been applied for at the Library of Congress.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2014 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston
Satz: Jürgen Ullrich typesatz, Nördlingen
Druck: Hubert & Co. GmbH & Co. KG, Göttingen
♻ Gedruckt auf säurefreiem Papier
Printed in Germany

www.degruyter.com

Inhaltsverzeichnis

Andreas Gelz, Dietmar Hüser und Sabine Ruß-Sattar

Einleitung: Skandal als Forschungsfeld – Ansätze, Konjunkturen, Leerstellen — 1

Helmut Pfeiffer

Der Skandal der natürlichen Religion — 21

Jörn Leonhard

Der Skandal im Zeitalter der Revolutionen: Frankreich 1814–1848 — 57

Birgit Aschmann

Die zwei Körper der Königin: Isabella II. von Spanien und das doppelte Zerwürfnis in Ehe und Nation — 79

Jens Ivo Engels

Panama in Deutschland: Der Panama-Skandal in der deutschen Presse 1892/1893 — 107

Daniel Mollenhauer

Skandal und Gegenskandal: Die Dreyfussaffäre (1894–1906) — 125

Wolfgang Asholt

Skandal als Programm?

Funktionen des Skandals in der historischen Avantgarde und Funktion der historischen Avantgarde als Skandal — 149

Andreas Gelz

Überlegungen zu einer Poetik des Skandals am Beispiel von Miguel de Unamunos *San Manuel Bueno, mártir* (1931/1933) — 167

Dietmar Hüser

Vom „Un-Skandal“ des Algerienkrieges zum „Post-Skandal“ der Gedächtniskultur: Die Pariser Polizei-Repressionen vom 17. Oktober 1961 — 185

Ingrid Gilcher-Holtey

Skandalisierung des Skandals: Intellektuelle und Öffentlichkeit — 217

Sabine Ruß-Sattar

**Skandale als Symptome und Katalysatoren politisch-kulturellen Wandels:
Das Beispiel Frankreich — 235**

Guido Thiemeyer

**Der Skandal als Konstruktion eines transnationalen Kommunikationsraumes:
Die Maßnahmen der EU-14 gegen Österreich im Jahr 2000 — 253**

Michael Dellwing

**Doing Scandal: Skandal als Performativität des radikalen
Beziehungsbruchs — 271**

Ingeborg Villinger

Riskante Wahlverwandtschaften: Medien und Skandale — 293

Jochen Mecke

**Ästhetik des Skandals – Skandal der Literatur:
Struktur, Typologie, Entwicklung — 305**

Andreas Gelz, Dietmar Hüser und Sabine Ruß-Sattar

Einleitung: Skandal als Forschungsfeld – Ansätze, Konjunktoren, Leerstellen

Man wird den Wissenschaften kaum den Vorwurf machen können, sie hätten sich der scheinbaren Omnipräsenz und Aktualität des Phänomens ‚Skandal‘ nicht gestellt. In einer Zeit des angeblich ‚entfesselten‘ bzw. permanenten Skandals¹ häufen sich vielmehr Tagungen und einschlägige Publikationen.² Seit 2009 sind im deutschsprachigen Raum gleich mehrere Publikationen zum Thema erschienen,³ die *mutatis mutandis* die vier bzw. fünf Disziplinen, die Soziologie und Politikwissenschaft, die Geschichtswissenschaften sowie die Literatur- und Kulturwissenschaften repräsentieren, die auch bei der Tagung „Skandal. Repräsentationsformen eines gesellschaftlichen Ärgernisses zwischen religiöser Norm und säkularer Gesellschaft“ vom 11. bis zum 13. März 2010 in Freiburg vertreten waren. Ort und idealer Gastgeber dieses produktiven interdisziplinären Gesprächs war die *School of Language and Literature* des *Freiburg Institute for Advanced Studies* (FRIAS), in deren Reihe *linguae & litterae* die Tagungsbeiträge nunmehr erscheinen. Für die nie nachlassende großzügige Förderung des Vorhabens gilt den Verantwortlichen, insbesondere Werner Frick als ideenreichem und begeistern-dem *spiritus rector* der *LiLi-School* wie des gesamten FRIAS der besondere Dank der Herausgeber. Gedankt sei auch Julia Buck, Franziska Eickhoff, Melina Riegel und Pia Wetzl für ihre überaus wertvolle Hilfe bei der redaktionellen Bearbeitung des Manuskripts.

¹ Vgl. Bernhard Pörksen/Hanne Detel, *Der entfesselte Skandal*, Köln 2012. Zu neueren medienwissenschaftlichen Perspektiven auf den Skandal vgl. Sandra Siebert, *Angeprangert! Medien als Motor öffentlicher Empörung*, Marburg 2011; Sigurd Allern/Ester Pollack (Hrsg.), *Scandalous! The mediated construction of political scandals in four nordic countries*, Göteborg 2012.

² So berief im April 2009 die Universität Hamburg gar einen „Skandalgipfel“ ein und unter dem Motto „Skandalkommunikation und Skandalmanagement in Unternehmen, Verbänden, Behörden und der Politik“ fand 2010 an der TU Cottbus eine Tagung zum Thema „Skandal! Mechanismen öffentlicher Aufmerksamkeitserzeugung“ mit drei monographischen Sektionen „Politikskandale – Skandalpolitik“, „Kulturskandale – Skandalkultur“, „Medienskandale – Skandalmedien“ statt.

³ Jens Bergmann/Bernhard Pörksen (Hrsg.), *Skandal!: die Macht öffentlicher Empörung*, Köln 2009; Frank Bösch, *Öffentliche Geheimnisse. Skandale, Politik und Medien in Deutschland und Großbritannien 1880–1914*, München 2009; Hans-Edwin Friedrich (Hrsg.), *Literaturskandale*, Frankfurt am Main/Berlin/Bern u.a. 2009; Kristin Bulkow/Christer Petersen (Hrsg.), *Skandale. Strukturen und Strategien öffentlicher Aufmerksamkeitserzeugung*, Wiesbaden 2011.

der Selbstskandalisierung einpflanzt. Sie mobilisiert kontinuierliche Irritationen, die Gewissheiten destabilisieren, um eine neue Balance von Kritik und Geltung durchzusetzen.

Jörn Leonhard, Freiburg

Der Skandal im Zeitalter der Revolutionen: Frankreich 1814–1848

I Einführung: Zur Anatomie des Skandals im politisch-sozialen Erfahrungsraum

Welche Mechanismen stehen hinter der Konstitution von Wertgemeinschaften? Diese Grundfrage ist für Soziologen und Politikwissenschaftler so elementar wie für Historiker und Literaturwissenschaftler. Sie verweist auf einen weitgefassten Kulturbegriff, der auf die Entstehung, Kohäsion und Stabilisierung oder auf die Erosion und Destabilisierung von sozialen Gruppen durch kollektive Sinnangebote abzielt. Neben der positiven Bestimmung von Wertzielen sind dabei vor allem die Kontrastierungen, die kritischen Absetzungen und Infragestellungen wesentlich. Aus dieser Perspektive sind Rituale der Empörung ein wichtiges Forum für die öffentliche Aushandlung von positiv oder negativ konnotierten Werten. Der Skandal stellt eine besondere Form der Empörung im öffentlichen Raum und in der sozialen Praxis dar: In ihm werden im weitesten Sinne Normen verhandelt, indem sich Kollektive von imaginierten oder erfahrenen Normtransgressionen distanzieren.¹

Als wissenschaftlicher Gegenstand der Historiker hat der Skandal in jüngerer Zeit zwar im Kontext der Erforschung historischer Korruptionsphänomene und in der Mediengeschichte an Aufmerksamkeit gewonnen, doch fristet er im Vergleich zu anderen Disziplinen und im Kontrast zu anderen Themen noch immer eher ein Schattendasein.² Das mag daran liegen, dass der Skandal immer wieder die Posse und das Banale provoziert. So erscheinen politische Skandale häufig als momenthafte und dramatisch zugespitzte Ereignisse, die nur für eine kurze Frist das Interesse der Öffentlichkeit auf sich ziehen, dann jedoch kaum längerfristige

¹ Vgl. Karl Otto Hondrich, *Enthüllung und Entrüstung. Eine Phänomenologie des politischen Skandals*, Frankfurt am Main 2002, S. 64; vgl. auch Manfred J. Holler (Hrsg.), *Scandal and its theory*, 2 Bde., München 1999/2002; Hans Mathias Kepplinger, *Die Kunst der Skandalisierung und die Illusion der Wahrheit*, München 2001.

² Vgl. Jens Ivo Engels/Andreas Fahrmeir/Alexander Nützenadel (Hrsg.), *Geld – Geschenke – Politik. Korruption im neuzeitlichen Europa*, München 2009; Ronald G. Asch/Birgit Emich/Jens Ivo Engels (Hrsg.), *Integration, Legitimation, Korruption. Politische Patronage in Früher Neuzeit und Moderne*, Frankfurt am Main 2011.

Spuren hinterlassen, die den Historiker interessieren könnten. Dagegen betonen bereits sehr frühe soziologische Forschungen eine besondere Funktion des Skandals für die Kohäsion sozialer Gruppen. So verweisen insbesondere Emil Durkheims Untersuchungen darauf, dass selbst die besonders asozialen, amoralischen und pathologischen Handlungen letztlich eine funktionale Dimension für die Integration einer Gesellschaft aufweisen. Mit der Überschreitung und der Verletzung von Normen werde demnach ein heiliger oder profaner Glaube verletzt, wodurch aber der Glaube selbst bekräftigt und bestätigt werde. So erlaube gerade der Skandal, das Selbstbild einer gesellschaftlichen Gruppe zu stützen und zu bestätigen. Normverletzungen und Transgressionen gehören für Durkheim daher zur notwendigen Regulation von Gesellschaften, indem sie helfen, gesellschaftliche Ordnungsmuster zu stabilisieren.³ Skandale fügen sich sinnvoll in dieses Interpretationsmuster ein, da sie jene *conscience collective* einer Gemeinschaft thematisieren, ohne welche nach seiner Interpretation politisch-soziale sowie soziokulturelle Ordnungsmuster nicht funktionieren können.⁴ Skandale bilden für sich genommen jeweils einzigartige Ereigniszusammenhänge, aber es gibt doch bestimmte, gleichsam aus der Vogelschau identifizierbare konstitutive Elemente für eine Anatomie zumal des politischen Skandals aus historischer Perspektive. Vorläufig sollen drei solcher Merkmalskomplexe differenziert werden: Das Objekt des Skandals ist zunächst eine besonders schwerwiegende und für eine Gesellschaft insgesamt wertrelevante Normverletzung, etwa als Vertrauensbruch und Verrat durch eine Person oder eine Institution, die mit bestimmten Normen und relevanten Deutungsmustern einer Gesellschaft identifiziert wird. Im Gegensatz zu Straftaten resultieren Skandale aus einem Verstoß gegen Recht und Moral durch Personen, denen aufgrund einer herausragenden Stellung, öffentlicher Wirksamkeit oder Vorbildcharakter ein besonderes Vertrauen entgegengebracht wurde. Diese Personalisierung der komplexen Grenzzone aus Recht und Moral erlaubt im Skandal die Identifikation von individuellen Tätern und Opfern und die Markierung einer Fallhöhe; zugleich wirkt die Skandalisierung auch immer wieder komplexitätsreduzierend und strukturierend. Das Unerhörte, eben das Skandalöse, liegt dabei in der Beschädigung imaginierter und projizierter Wertressourcen und Konsensmuster einer als Allgemeinheit bestimmten sozialen Gruppe. Erst vor diesem Hintergrund lassen sich bestimmte Feind- und Selbstbilder sowie Topoi der Verfehlung entwickeln und kommunizieren. Auf dieser

³ Vgl. Andrei S. Markovits/Mark Silverstein, „Macht und Verfahren. Die Geburt des politischen Skandals aus der Widersprüchlichkeit liberaler Demokratien“, in: Rolf Ebbinghaus/Sighard Neckel (Hrsg.), *Anatomie des politischen Skandals*, Frankfurt am Main 1989, S. 151–170.

⁴ Vgl. Hondrich, *Enthüllung*, S. 45.

Basis kommt es zur Inklusion oder zur Exklusion von Individuen aus einer Wertegemeinschaft.

Eine besondere Bedeutung haben in diesem Zusammenhang, zweitens, die Akteure und Foren des Skandals: Dazu zählen die Rollenmuster von Tätern, Opfern und denjenigen, die einen Skandal durch ihre Recherchen oftmals gegen Widerstände erst aufdecken, aber vor allem eine Öffentlichkeit mit ihren eigenen medialen Bedingungen kollektiver Kommunikation. Zwischen den skizzierten Rollen und ihren Trägern sind Rollenwechsel möglich.

Drittens beruht der Mechanismus von Skandalen auf einem besonderen Mechanismus der Individualisierung und Personalisierung von Schuld einerseits und der kollektiven Exkulpierung und Entlastung andererseits. Ein Akteur verletzt im Skandal ein in ihn gesetztes öffentliches Vertrauen. Die Notwendigkeit der Bestrafung, der Verlust von Legitimation und Autorität, folgt der Vorstellung einer Normstabilisierung durch die Identifikation und Ahndung der Normtransgression. Da es sich dabei immer um Kommunikationsprozesse handelt, sind Skandale immer von bestimmten wiederkehrenden Ritualen und Zuschreibungsprozessen gekennzeichnet: Das reicht von der Aufdeckung und Rekonstruktion der Transgression über die Verdichtung der öffentlichen Wahrnehmung und der Empörungsgesten bis hin zur Bloßstellung und Bestrafung der Verantwortlichen sowie der retrospektiven Deutung der Skandalereignisse mit dem Ziel, die kollektiven Normen und Werte zu restabilisieren und gleichsam in eine kollektive Katharsis zu übersetzen. Dabei stellt die Öffentlichkeit den entscheidenden Wirkungs- und Verhandlungsraum des Skandals dar.⁵

Diese allenfalls skizzenhafte und vorläufige Anatomie des Skandals lässt sich sinnvoll in die Überlegungen Durkheims integrieren: Jedes soziale System nutzt die eigenen Pathologien, um sich erfolgreich reproduzieren zu können. Der Skandal stellt in diesem Zusammenhang ein wesentliches Element der politischen und sozialen Lebenswirklichkeit dar, das zur Aufrechterhaltung und Bestätigung der politischen und sozialen Ordnung elementar ist. Dennoch sind in der Theorie Durkheims Fehlstellen erkennbar: Erstens blendet sie die Problematik und Praxis von Machtausübung und Machtbeziehungen weitgehend aus. Auch kommen bei ihm, zweitens, verschiedene Relationen der Moderne zu kurz, die aber für die

⁵ Vgl. Hondrich, *Enthüllung*, S. 24–28. Vgl. zum politischen Skandal: Manfred Schmitz, *Theorie und Praxis des politischen Skandals*, Frankfurt am Main 1981; Ebbinghaus/Neckel (Hrsg.), *Anatomie*; Graeme C. Moodie, „Studying Political Scandal“, in: *Corruption & Reform*, 3/1988, 3, S. 243–246; Sighard Neckel, „Die Wirkungen politischer Skandale“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 40/1990, B 7, S. 3–10; Dirk Käsler, *Der politische Skandal. Zur symbolischen und dramaturgischen Qualität von Politik*, Opladen 1991; Julius H. Schoeps (Hrsg.), *Der politische Skandal*, Sachsenheim 1992.

Anatomie des Skandals eine grundlegende Bedeutung annahmen. Dazu gehörte zum einen die dynamische Verschiebung in der Definition dessen, was in verschiedenen Gesellschaften als ‚privat‘ und ‚öffentlich‘ galt. Das gilt zumal für jene Entwicklung, in deren Verlauf seit dem letzten Drittel des 18. Jahrhunderts der Erfahrungsraum des Privaten aus der Sphäre des Öffentlichen geschieden wurde.⁶ Gerade dies zählte zum Wesensgehalt liberaler Gesellschafts- und Politikentwürfe. Weiterhin wurde das Auseinandertreten von Staat und Gesellschaft und die Entstehung eines neuartigen pluralistischen Systems konkurrierender Interessen eine wichtige und spannungsgeladene Relation, die für das Funktionieren von Skandalen wichtig wurde. Damit verbunden war schließlich auch das Spannungsfeld zwischen Individuum und Institution. Drittens schließlich kommt in den Ausführungen Durkheims der diachrone Wandel, die besondere kontextabhängige Veränderung in der Anatomie von Skandalen, zu kurz.

An diesen Fehlstellen knüpft die historische Analyse an, die den Skandal als eine besondere Untersuchungs- und Sondierung für vergangene Gesellschaften und ihre Versuche der Selbstbeschreibung und Selbststabilisierung versteht. Für den Historiker lassen Skandale bestimmte kritische Erfahrungsschwellen sichtbar werden, an denen sich erkennen lässt, welches Verhalten in einer Gesellschaft aus welchen Gründen als noch oder nicht mehr konform angesehen wird. Wichtig sind aus dieser Perspektive also weniger die unmittelbaren Ereignisgeschichten der Skandale als vielmehr ihr aufschließendes Potential für die Zuschreibung und Kommunikation von kollektiven Werten, ihre Legitimitätsstiftende Funktion, ihre Erosion und ihre Veränderung in der historischen Zeit. Aus dieser Perspektive ergibt sich das wachsende Interesse von Historikern an Skandalen: Denn diese bilden in einzigartiger Weise die komplexen Prozesse von Normwandel, Normkonkurrenzen und Normambivalenzen ab und markieren insofern Knotenpunkte vergangener Erfahrungsdeutung, zumal im Blick auf den Umbruch legitimer Herrschaftsordnungen.⁷ Am Beispiel der Untersuchung von drei Skandalkonstellationen in der postrevolutionären Gesellschaft Frankreichs nach 1815 sollen die hier skizzierten Möglichkeiten einer historischen Interpretation von Skandalen als Veränderungsschwellen kollektiver Wertordnungen überprüft werden. Die Konzentration auf den französischen Fall liegt nicht zuletzt deshalb nahe, weil sich hier die Funktion und Dynamik von Skandalen in einem von tiefen politisch-ideologischen und sozialen Konflikten geprägten Kontext zeigte. Die Ausein-

dersetzung um politische und soziale Ordnungsmodelle, um die Bedingungen für Stabilität nach den tiefgreifenden Umbrucherfahrungen der Revolutionsregime und des napoleonischen Kaiserreichs machte aus Frankreich nach 1814/1815 einen gesamteuropäischen Bezugspunkt. Zugleich entwickelte sich nach 1815 eine dynamische Öffentlichkeit mit neuen Medien, Organisations- und Kommunikationsformen, die aus den Deutungskonkurrenzen regelrechte politische Massenmärkte entstehen ließen. Skandale bildeten diese Prozesse nicht nur ab, sondern sie waren für sie unmittelbar konstitutiv.

II Skandalkonstellationen in der postrevolutionären Gesellschaft Frankreichs nach 1814/1815

Mit der Rückkehr der Bourbonendynastie im Gefolge der militärischen Niederlage und Abdankung Napoleons kam es 1814 und dann erneut nach der zweiten Niederlage Napoleons zu einer Wiederherstellung der „legitimen“ Monarchie. Sie ging jedoch nicht in einer von vielen Zeitgenossen erwarteten Restauration des *Ancien Régime* auf.⁸ Vielmehr bemühte sich Ludwig XVIII. um einen Versöhnungs- und Vermittlungskurs als Antwort auf die Herausforderungen der französischen Gesellschaft nach den Erfahrungen der Revolution und des napoleonischen Kaiserreichs, die in Frankreich anders als in anderen europäischen Gesellschaften eine postrevolutionäre Konstellation mit tiefen ideologischen Verletzungen und antagonistischen Erwartungen an die Zukunft hervorgebracht hatte. Diese Situation schlug sich in einer ausgesprochenen Vielfalt und Spannung zwischen zeitgenössischen Akteuren nieder: Neben einem gleichsam reimportierten *Ancien Régime* mit den bereits 1802 Amnestierten und den jetzt nach Frankreich zurückkehrenden aristokratischen Emigranten und denjenigen Priestern, die sich der Zivilverfassung der Kirche verweigert und Frankreich nach 1790 verlassen hatten, standen die bürgerlichen Nutznießer der Revolution und des Kaiserreichs, die insbesondere durch den Erwerb nationalisierter Kirchengüter, andere Vermögensumschichtungen oder eine Ämterlaufbahn profitiert hatten, sowie ideologische Parteigänger der Regime seit 1789; das reichte von den gemäßigt-konstitutionellen Revolutionären und den Mitgliedern des Nationalkon-

⁶ Vgl. Steffen Burkhardt, *Medienskandale. Zur Sprengkraft öffentlicher Diskurse*, Köln 2006; Frank Bösch, *Öffentliche Geheimnisse. Skandale, Politik und Medien in Deutschland und Großbritannien 1880–1914*, München 2009.

⁷ Vgl. Luc Boltanski (Hrsg.), *Affaires, scandales et grandes causes. De Socrate à Pinochet*, Paris 2007.

⁸ Vgl. Guillaume de Bertier de Sauvigny, *La Restauration*, 2. Auflage, Paris 1977; Emanuel de Waresquiel/Benoît Yvert, *Histoire de la Restauration 1814–1830. Naissance de la France moderne*, Paris 1996.

vents, die der Verurteilung Ludwigs XVI. zugestimmt hatten, von den radikalen Jakobinern bis zu Bonapartisten und schließlich den Liberalen, die nach 1814/1815 in einer konstitutionellen Monarchie den besten Schutz sowohl gegen eine radikale sozialrevolutionäre Bewegung wie gegen eine monarchisch-klerikale Reaktion erkannten.⁹ Frankreich erlebte daher eine völlig neuartige und im europäischen Vergleich einzigartige Verdichtung konkurrierender ideologischer Positionen, die sich mit divergierenden Interpretationen der Vergangenheit und antagonistischen Vorstellungen über die Zukunft des Landes und die Bedingungen politischer und sozialer Ordnung verbanden.

Die *Charte Constitutionnelle* von 1814/1815 stand vor diesem Hintergrund für den Versuch der Monarchie, die postrevolutionäre Gesellschaft zu stabilisieren. Diese Strategie ging von der Rückkehr zur Monarchie aus, ohne jedoch die Erfahrungen seit 1789 und das Erbe der Revolution zu negieren: Einerseits bekannte sich die *Charte* zum *Ancien Régime*, so vor allem in der Präambel, welche das Gottesgnadentum und die von der Revolution nicht unterbrochene Kontinuität der Monarchie hervorhob und die Verfassungsgebung nicht als Ergebnis einer Volksbewegung oder eines Vertrages, sondern als königlichen Oktroi interpretierte. Andererseits aber bestätigte die *Charte* in ihren Artikeln ausdrücklich die besitzbürgerlichen und rechtlichen Ergebnisse der Revolution und des Kaiserreichs. In der Zusicherung bürgerlicher Rechtsgleichheit, der Garantie der seit 1789/1790 eingetretenen neuen Eigentumsverhältnisse und dem Bekenntnis zum *Code Civil* wurde das gemäßigte und bürgerliche Erbe der Revolution auf der Basis einer konstitutionellen Monarchie mit Verfassungsbindung, Nationalversammlung und durch Zensuswahlrecht eng begrenzter politischer Teilhabe gleichsam fortgeschrieben. Damit erkannte die Monarchie faktisch die historische Entwicklung nach 1789 bis zur Einrichtung der konstitutionellen Monarchie von 1791 an, doch vollzog sich diese Anerkennung in der Form und den Symbolen als Rückkehr in eine Monarchie des *Ancien Régime*.¹⁰

Doch führte die von Ludwig XVIII. forcierte Strategie nicht zu einer innenpolitischen Beruhigung, im Gegenteil. Zumal nach der Rückkehr Napoleons und seiner endgültigen Niederlage vollzog sich die zweite Installierung der bourbonischen Monarchie vor dem Hintergrund der alliierten Besetzung Frankreichs. Nun kam es zu einer massiven Polarisierung zwischen den reaktionären Ultra-royalisten und denjenigen parlamentarischen Gruppen, welche die Basis der *Charte* anzuerkennen bereit waren. Der sogenannte Weiße Terror der *Ultras* nach

9 Vgl. Jörn Leonhard, *Liberalismus. Zur historischen Semantik eines europäischen Deutungsmusters*, München 2001, S. 140–184.

10 Vgl. Volker Sellin, *Die geraubte Revolution. Der Sturz Napoleons und die Restauration in Europa*, Göttingen 2001, S. 225–273.

der zweiten Abdankung Napoleons 1815/1816 und die *Chambre Introuvable*, in der sie eine Mehrheit erreichten, unterstrich die massive ideologische Polarisierung. Dabei zeigte sich ein besonderes Paradoxon, denn die *Ultras* traten in der Folgezeit für die Pressefreiheit ein, weil sie so die Wahlbevölkerung für ihre Sache zu gewinnen hofften. Progressive Strategien standen neben anti-liberalen und reaktionären Zielen und Programmatiken. Vor diesem Hintergrund blieb die Suche nach politischer und sozialer Stabilität in Frankreich prekär. In der postrevolutionären Gesellschaft nach 1814/1815 konnten die unterschiedlichen Zeit- und Erfahrungsschichten seit 1789 jederzeit neu aufbrechen und politisch instrumentalisiert werden. Hinter diesen Konflikten zeichnete sich ein im europäischen Vergleich besonders zugespitztes Ringen um kollektive Normgefüge und Werte ab, um die Frage, was eine Gesellschaft nach prägenden Umbrucherfahrungen eigentlich noch zusammenhalten konnte und wie vor diesem Hintergrund politische Herrschaft zu legitimieren sei. Das gab den zeitgenössischen Skandalen in Frankreich ihre besondere Bedeutung.

II.1 *L'affaire Ouvrard* 1822/1824: Die Mechanismen des Skandals im Spannungsfeld von Akteursintentionen und Eigenlogiken der Öffentlichkeit

Der historische Zusammenhang für den Skandal um Gabriel-Julien Ouvrard ergab sich aus der französischen Militärintervention in Spanien, wo sich die politischen Spannungen zwischen der Monarchie und den Cortes-Versammlungen massiv zugespitzt hatten. Nach der Revolution von 1820, als deren Folge König Ferdinand VII. seit Sommer 1822 faktisch ein Gefangener der Cortes war, und vor dem Hintergrund der in vielen europäischen Staaten erkennbaren Wendung gegen liberale und demokratische Bewegungen suchte man auch auf internationaler Ebene nach Wegen, um gegen die Aufständischen in Spanien vorzugehen und die als legitim geltende Dynastie zu stützen. Aus der Sicht führender französischer Politiker bot eine Intervention in Spanien gleich mehrere Vorteile: Innenpolitisch konnte man von erheblichen Spannungen ablenken, die sich seit 1815 und um 1819/1820 besonders artikuliert hatten, vor allem seit der Ermordung des Thronfolgers, des Duc de Berry.¹¹ Insbesondere konnten, so die Hoffnung, die Ultra-

11 Vgl. Gilles Malandain, „La Conspiration solitaire d'un ouvrier theophilanthrope: Louvel et l'assassinat du Duc de Berry en 1820“, in: *Revue Historique*, 124/2000, 302/2, S. 367–393; Bettina Frederking: „Auf der Suche nach dem ‚wahren‘ Frankreich: Das Attentat auf den Duc de Berry am 13. Februar 1820“, in: Michael Einfalt/Joseph Jurt/Daniel Mollenhauer/Erich Pelzer (Hrsg.), *Kon-*

royalisten durch ein solches Vorgehen zugunsten der spanischen Monarchie beruhigt werden.¹² Außenpolitisch bot eine Intervention insbesondere in den Augen des Außenministers Chateaubriand die Chance, die Verlässlichkeit Frankreichs als Garant des monarchischen Prinzips in Europa unter Beweis zu stellen und damit den diplomatischen Handlungsspielraum zu vergrößern, der durch die Beschlüsse von 1815 stark eingeschränkt worden war.

Gabriel-Julien Ouvrard hatte während der Revolution und des Kaiserreichs Karriere als Armeelieferant gemacht. Sein Reichtum stammte vor allem aus Spekulationsgewinnen und sicherte ihm eine wichtige Position innerhalb der bürgerlichen Finanzelite auch über den Herrschaftswchsel von 1814/1815 hinaus. Zur Vorbereitung der militärischen Intervention wurde er 1823 mit der Versorgung der französischen Expeditionsarmee und des Nachschubtransports beauftragt. Der militärische Oberbefehlshaber, der Graf von Angoulême, ein Neffe des französischen Königs, sah sich bald mit einer völlig unzulänglichen Organisation der Armee vor Ort konfrontiert. In diesem Zusammenhang gelang es Ouvrard, in Bayonne vertraglich eine Monopolstellung für die Versorgung der französischen Expeditionsarmee mit Nahrungsmitteln und Nachschub zu erreichen. Doch lagen Ouvrards Preise mehr als doppelt so hoch wie üblich. Zudem erhielt er gesonderte Kommissionen auf alle Verkäufe und zusätzliche Einnahmen aus sogenannten Überlassungsgebühren, so zum Beispiel allein 7,5 Centimes pro Pferd und pro Tag bei über 25.000 Armeepferden. Angoulême unterschrieb diese Verträge in Bayonne unter dem Eindruck, dass ohne Ouvrards Hilfe die gesamte Operation gefährdet werde. Zwar stoppte die Regierung unter Premierminister Villèle diesen Vorgang, doch kam es erst nach dem Ende der militärischen Operationen und der Anerkennung Ferdinands VII. im Januar 1824 zu einem parlamentarischen Nachspiel: Als die Regierung vom Parlament die Bewilligung von 207 Mio. Francs für die Expedition erbat, entwickelte sich der eigentliche Skandal durch das öffentliche, bald auch weit über das Parlament hinausgehende Interesse.¹³

strukturaler Identität: Deutschland, Frankreich und Großbritannien (19. und 20. Jahrhundert), Würzburg 2002, S. 35–57.

¹² Vgl. David Skuy, *Assassination, Politics and Miracles. France and the Royalist Reaction of 1820*, Montreal 2003.

¹³ Vgl. zur Rekonstruktion der Ereignisse aus der älteren Literatur André Liesse, *Portraits de financiers: Ouvrard, Mollien, Gaudin, baron Louis, Corvetto, Laffitte, de Villèle*, Paris 1908; G. Weill, „Le financier Ouvrard“, in: *Revue historique*, 43/1918, 127/1, S. 31–61; Paul Villain, *Un habitant du 8^e arrondissement, Ouvrard, munitionnaire des armées*, Lille 1925; Arthur Lévy, *Un grand profiteuse de guerre sous la Révolution, l'Empire et la Restauration*, Paris 1929; Otto Wolff, *Die Geschäfte des Herrn Ouvrard, aus dem Leben eines genialen Spekulanten*, Frankfurt am Main 1932; Georges Leveuvre, „Une carrière d'homme d'affaires: Ouvrard“, in: *Annales d'histoire économique et sociale*, 6/1934, 26, S. 194; André Nicolle, „Ouvrard and the French Expedition in Spain in 1823“,

Die parlamentarische Auseinandersetzung schuf ein erstes öffentlich durch die zeitgenössische Berichterstattung wirksames Forum für die Skandalisierung, die aber von Anfang an weit über das individuelle Verhalten Ouvrards hinausging. Die Empörung und massive Kritik der liberalen Opposition um Benjamin Constant, Casimir Périer und Maximilien Foy richtete sich eben nicht nur gegen die massiven Kosten, die auf die Verträge von Bayonne zurückgeführt wurden, sondern vor allem gegen die französische Hilfe bei der Installation eines im Prinzip anti-liberalen Regimes in Spanien. Darin, in der Verknüpfung zwischen dem konkreten Korruptionsvorwurf und der anti-liberalen Position der Regierung, lag die tiefere politisch-ideologische Dimension des Skandals, und sie erklärte seine Dauer und mediale Präsenz seit 1824. Villèle sah sich angesichts der Kritik der parlamentarischen Opposition gezwungen, eine Untersuchungskommission einzurichten, um die Verantwortung nicht auf Angoulême abzuwälzen und damit die Monarchie direkt zu beschädigen und eine drohende Blockade seines Budgets durch die Kammermehrheit zu verhindern. Die Untersuchungskommission, die schließlich einen fünfbändigen Bericht zur Finanzierung des Nachschubs der Spanien-Armee publizierte, stand für den regierungsamtlichen Versuch, die Verantwortung in dem Skandal zu personalisieren und zu individualisieren, um den konkreten Druck auf die Regierung abzumildern und zugleich eine grundsätzlichere Auseinandersetzung um die innen- und außenpolitische Reichweite des monarchischen Prinzips zu verhindern. Doch zeigte es sich zugleich, dass auch die Regierung den Primat des Parlaments, sein Budgetrecht und seine Kontrollfunktion, anerkennen musste.

Ouvrard wurde bereits im Dezember 1824 wegen Verschleppung eines Privatbankerotts über zwei Mio. Francs verhaftet, doch sollte die *affaire Ouvrard* die französische Öffentlichkeit noch für mehrere Jahre beschäftigen.¹⁴ Zunächst betonte die Kommission, dass Korruption immer Korruptierte voraussetze. Jedoch scheiterten Versuche, zwei Generäle in der Pairskammer der Korruption zu überführen, so dass sich am Ende nur die Anklage gegen Ouvrard und wenige Mit-

in: *Journal of Modern History*, 17/1945, 3, S. 193–201; Maurice Payard, *Le Financier G.-J. Ouvrard*, Reims 1958.

¹⁴ Vgl. aus den zeitgenössischen Veröffentlichungen Jean-Raimond-Pascal Sarran, *Des Marchés Ouvrard, et de l'esprit politique et financier de M. de Villèle*, Paris 1824; [Beaurepaire], *Des Opérations dévoilées du sieur Ouvrard*, Paris 1824; M. Costelin, *Sur MM. de Villèle et Ouvrard, relativement aux fournitures de l'armée d'Espagne*, Paris 1825; Narcisse-Achille de Salvandy, *La Vérité sur les marchés Ouvrard*, Paris 1825; [Anonym], *Affaire entre MM. Tourton et Ouvrard. [Résumé de plaidoirie de Me Dupin jeune.]*, Paris 1826; François Mauguin, *Mémoire pour G.-J. Ouvrard sur les affaires d'Espagne*, Paris 1826; Maréchal Victor, *Mémoire pour M. le maréchal duc de Bellune sur les marchés Ouvrard*, Paris 1826.

angeklagte aufrechterhalten ließ. Während diese im November 1826 immerhin zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden, wurde Ouvrard selbst von der Anklage freigesprochen, blieb aber wegen der Verschleppung seines Bankrotts bei komfortablen Bedingungen in Haft. Dort verfasste er seine Memoiren, deren Publikation die öffentliche Aufmerksamkeit an dem Skandal weiter dynamisierte.¹⁵ Die Einrichtung der offiziellen Untersuchungskommission und die Wahrnehmung ihrer Berichte in der Öffentlichkeit verliehen dem Skandal sehr bald eine Eigenlogik, die über die Intentionen der Regierungsakteure hinausging. Hier zeigte sich, dass es nicht gelang, den Korruptionsvorwurf zu individualisieren, sondern dass es im Gegenteil zur Diskreditierung der Regierung kam.

Fragt man nach der Einordnung des Skandals über den engeren Ereigniszusammenhang hinaus, dann fällt neben der besonderen Suggestivität der zeitgenössischen Berichterstattung – vom Bild der korrupten Armeekommissare über die Ungeduld und den Ehrgeiz des Oberbefehlshabers aus der königlichen Familie und der Generäle bis hin zur Skrupellosigkeit Ouvrards, dessen individuelle Bereicherung immer wieder herausgestellt wurde – auf, wie sich der Skandal instrumentalisieren ließ, um grundsätzliche politisch-ideologische Konfliktlinien sichtbar zu machen und zugleich die Komplexität dieser Auseinandersetzung durch Personalisierungen zu reduzieren. Die Skandalisierung erlaubte zugleich, kontroverse Positionen in einem parlamentarischen und öffentlichen Raum zu kommunizieren. Es ging dabei sehr bald nicht mehr allein um das persönliche Fehlverhalten einzelner Akteure, etwa um individuelle Korruption, sondern um die Grundfrage, wie sich die bourbonische Monarchie zur Frage einer militärischen Intervention stellte, und damit um einen militärischen Einsatz für die Durchsetzung des monarchischen Prinzips als Leitschnur außenpolitischen Handels. Damit waren unmittelbar jene ideologischen Grundkonflikte der postrevolutionären Phase seit 1814/1815 berührt, welche den tiefen Riss durch die französische Gesellschaft offenlegten, der auch die Grenzen zwischen Innen- und Außenpolitik verwischen ließ. Der Skandal und zumal die Zuspitzung der Schuld auf die Person Ouvrards dokumentierte für viele Zeitgenossen, dass die Regierung alles unternahm, um ihre Haltung zugunsten einer monarchischen Reaktion zu unterstreichen und von innenpolitischen Spannungen abzulenken. Faktisch verstärkte die Intervention in Spanien, öffentlich dargestellt als Kreuzzug gegen die spanischen Liberalen und zugunsten des Ideals einer absoluten Monarchie, das Misstrauen der liberalen Parlamentarier in

Frankreich und vertiefte die Kluft zwischen monarchischem Staat und großen Teilen der politischen Öffentlichkeit.¹⁶

II.2 Das Sakrileggesetz von 1825: Vom Anachronismus monarchischer Legitimation zur öffentlich ausgetragenen Normenkonkurrenz

Der ideologische Gegensatz um die zukünftige Legitimation politischer Herrschaft in Frankreich und der besondere Zusammenhang zwischen Skandalisierung, Normenkonkurrenz und Mythenbildung standen auch hinter einem anderen Skandal in der Phase der Bourbonenmonarchie, der sich mit dem sogenannten Sakrileggesetz von 1825 verband, also in unmittelbarer zeitlicher Nähe zum Skandal um Ouvrard stand. Dabei ging es um die in liberalen Kreisen weit verbreitete Vorstellung einer neuen klerikalen Bedrohung der 1815 in Verfassung und Parlament erreichten politischen Ordnung des postrevolutionären Frankreich. Hatte Ludwig XVIII. zunächst eine ausgesprochen zurückhaltende Religionspolitik betrieben, war es nach der Ermordung des Duc de Berry 1820 zu einem innenpolitischen Wechsel gekommen. Die Ultraroyalisten kehrten an die Regierung zurück und bemühten sich nach der erfolgreichen Spanienexpedition darum, ihre Machtposition langfristig zu sichern. Auf die traumatischen Erfahrungen von Revolution, Schreckensherrschaft und Napoleonischem Kaiserreich reagierten sie wie bereits während der Phase des *Weissen Terrors* nach 1815 und der *Chambre Introuvable* mit dem programmatischen Anspruch einer durchgreifenden monarchischen Restauration. Gerade dies aber sensibilisierte die Öffentlichkeit für jedes Anzeichen einer angeblichen Klerikalisierung der Politik, die – so die Annahme vieler Zeitgenossen – mit neuen einflussreichen Positionen wichtiger Kirchenvertreter zumal in der Bildungs- und Kulturpolitik einhergehe.

Hatte Ludwig XVIII. in der Präambel der *Charte Constitutionnelle* von 1814 auf die Prinzipien des Gottesgnadentums hingewiesen, ansonsten aber auf eine provozierende Nähe zur katholischen Kirche verzichtet, änderte sich dies unter seinem Nachfolger: Anlässlich der Krönung Karls X. 1825 in Reims kam es zum letzten Mal zum mittelalterlichen Ritual der Wunderheilung durch den gesalbten Monarchen, was in großen Teilen der Öffentlichkeit bereits kritische Reaktionen hervorrief.¹⁷

¹⁵ Vgl. G.-J. Ouvrard, *Mémoires de G.-J. Ouvrard sur sa vie et ses diverses opérations financières*, 3 Bde., Paris 1826–1827.

¹⁶ Vgl. Marcel Pollitzer, *Le Règne des financiers: Samuel Bernard, J. Law, G.-J. Ouvrard*, Paris 1978; Jacques Wolff, *Le financier Ouvrard*, Paris 1992.

¹⁷ Vgl. Marc Bloch, *Die wundertätigen Könige* (zuerst 1924), München 1998.

Dieses Reaktionsmuster, das vor allem in der liberal-oppositionellen Tagespresse den Anachronismus der Handlungen und der dahinter stehenden Legitimationsvorstellungen betonte, wiederholte sich in der Debatte um das Sakrileggesetz.¹⁸

Dessen Ursprung ging auf die Verschärfung des *Code Pénal* von 1810 zurück, der Diebstähle in Kirchen als normale Diebstahlsakte behandelt hatte. 1824 kam es zu einer Neufassung des Tatbestandes: Verbrechen, „die in Kirchen und anderen Gebäuden verübt werden, die der Religionsausübung dienen“, sollten in Zukunft mit der Verstümmelung der Gliedmaßen und Todesstrafe sanktioniert werden, wenn die Hostie in einem gestohlenen Kommuniionsgefäß enthalten war. Diese Bestrafung orientierte sich an der Vorstellung des *parricidium*, am Vatermord also, den man im Sinne des katholischen Dogmas auf die Realpräsenz Christi anwandte. Diese Definition des Sakrilegs erschien in der liberalen und oppositionell gesinnten Öffentlichkeit als Ausdruck einer klerikalen Verschwörung gegen die 1815 definierten Ergebnisse der gemäßigten Revolution. Die offene Demonstration eines anachronistisch wirkenden Gottesgnadentums bewirkte eine umso intensivere Suche nach Beweisen für eine klerikal-monarchische Infragestellung der Ergebnisse der Revolution. Der Skandal um das Sakrileggesetz unterstrich die suggestive Dichotomie zwischen ganz unterschiedlichen Auffassungen legitimer Herrschaft: Gottesgnadentum und Sakralqualität der Herrschers standen in dieser Sicht gegen geregelte politische Partizipation auf der Basis der konstitutionellen Monarchie. An diesem Beispiel zeigte sich exemplarisch, wie Unterstellungsvorwürfe eine ganz eigene Dynamik entwickelten, die sich nicht primär auf reale Tatsachen, sondern auf die Ebene des Vorstellbaren bezogen, dann aber ihre ganz eigene Wirkungsrealität entwickeln konnten. Denn das Sakrileggesetz war keinesfalls die Konsequenz einer besonders religiösen Bewegung der Bevölkerung, sondern war vielmehr das Ergebnis einer erfolgreichen Intervention der aristokratischen, logenartig organisierten Geheimorganisation der *Chevaliers de Foi*, die über enge Kontakte zu den politischen *Ultras* und zur Regierung verfügten. Hatten die Anhänger der *Chevaliers* die Entlassung Montmorencys, des Großmeisters der *Chevaliers*, und des Außenministers Chateaubriands noch als massiven Rückschlag gegen ihre Position verstanden, so bemühte sich die Regierung mit der Gesetzesvorlage 1824/1825 demonstrativ darum, die extreme Rechte politisch wieder zu integrieren. Hinzu kam der Wechsel auf dem Thron Frankreichs von Ludwig XVIII. zu seinem Bruder Karl X., der während der Re-

¹⁸ Vgl. im Folgenden Mary S. Hartman, „The Sacrilege Law of 1825 in France. A Study in Anticlericalism and Mythmaking“, in: *Journal of Modern History*, 44/1972, 1, S. 21–37, sowie Hervé Hasquin, *La loi du sacrilège dans la France de la Restauration (1825)*, in: Alain Dierkens und Jaques Marx (Hrsg.), *La sacralisation du pouvoir. Images et mises en scène*, Brüssel 2003, S. 127–142.

genschaft seines Bruders sehr enge Beziehungen zu den *Chevaliers* unterhalten hatte und nun auf eine massive Verschärfung der gegen die liberale Bewegung gerichteten Politik drängte.¹⁹

Der Kern des Skandals lag für die Zeitgenossen im provozierenden Anachronismus des Sakrileggesetzes, der offensichtlichen Rückkehr von Krone und Regierung zu einem aggressiv nach außen gerichteten Bündnis von Thron und Altar im Symbol eines revitalisierten Priesterkönigtums, das die Revolution ungeschehen machen sollte. Für diejenigen aber, welche die politischen und sozialen Veränderungen seit 1789 als Grundlage einer neuen Ordnung anerkannten, lag hierin gerade die Abweichung von den neuen Normen, die man mit der *Charte* 1814/1815 mühsam auf eine neue Basis gestellt hatte. Zu dieser Konstellation trug nicht zuletzt die massive Reaktion von Lamennais bei, der das Gesetz gerade deswegen massiv kritisierte, weil es zur Verteidigung der Religion gegen die Anschläge einer atheistischen Revolution bei weitem nicht ausreiche. Damit spielte er auf die Rache für das Leiden der Kirche und der Priester während der Revolution an, wie er sie in der Enteignung des Kirchenbesitzes, den Septembermorden und der Ausweisung der den Eid auf die Zivilverfassung verweigernden Priester erkannte. Diese Positionierungen auf liberaler wie auf katholischer Seite verstärkten den Eindruck, Frankreich stehe vor der manichäischen Alternative zwischen Theokratie und Revolution. So trug die Skandalisierung des Sakrileggesetzes von beiden Seiten des ideologischen Spektrums dazu bei, die überwunden geglaubte revolutionäre Vergangenheit immer wieder neu zu vergegenwärtigen.²⁰

Die zeitgenössischen Reaktionen unterstrichen nicht allein die Bedeutung von Parlament und Öffentlichkeit als Foren der Auseinandersetzung. Im Gestus der gegenseitigen Empörung zeigte sich wie in der Phase nach 1815 eine entscheidende Funktion des Skandals, nämlich die Strukturierung der zeitgenössischen Meinungsbildung. Weniger die liberalen Mitglieder der Abgeordnetenkammer, sondern vielmehr die bisher royalistisch orientierten und durchaus kirchenfreundlichen Mitglieder wandten sich jetzt gegen die Maßnahmen der Regierung und gegen den politisch intendierten Klerikalismus einer Minderheit. Dieser Protest äußerte sich als traditioneller Gallikanismus, also als nationalpolitisch intendierter Katholizismus im Gegensatz zu einer klerikalen Reaktion, welche die mit der *Charte* identifizierte politische Balance infrage zu stellen drohte. Der Grundgedanke der Gegner des Gesetzes lief dagegen darauf hinaus, dass das Sakrileg eine Sünde darstelle und daher strafrechtlich überhaupt nicht

¹⁹ Vgl. ebd., S. 26f.

²⁰ Vgl. Félicité de Lamennais, *Œuvres complètes*, Bd. 8, Paris 1837, S. 436–444; Hartman, *Sacrilege Law*, S. 27f.

verfolgt werden könne, schon gar nicht als Verbrechen. So trug die Auseinandersetzung über das Gesetz zur Differenzierung und schließlich auch zur Spaltung des ultraroyalistischen Lagers bei.

Die Weigerung der Regierung, auf diese massive Kritik der Abgeordneten zu reagieren, verstärkte wiederum die Vorstellung einer klerikalen Verschwörung, obgleich es dafür keinerlei Anzeichen gab. Hier lag ein Skandalisierungsprozess vor, in dem es zu einer gegenseitig sich verstärkenden Abwertungswahrnehmung von Regierungsakteuren und Anhängern des Gesetzes, die mit dem Revolutionsvorwurf operierten, und der oppositionellen Öffentlichkeit kam, die geschickt das Schreckbild von Theokratie und klerikaler Verschwörung instrumentalisierten. Verwiesen jene auf die Notwendigkeit der Revolutionsprophylaxe, so argumentierten diese mit der Gefahr, diese katholisch-klerikale Restauration stelle die bürgerlichen Revolutionsergebnisse in Frage. Diese Konstellation schwächte die Regierung erheblich und zwang sie schließlich zu erheblichen Konzessionen und Gesetzesänderungen im Detail. So sollte etwa die Todesstrafe nur bei bewusster Entweihung von Gegenständen in der Öffentlichkeit vollstreckt werden, während man von der Möglichkeit regelrechter Verstümmelungsstrafen abrückte.

Noch stärker als im Falle des Ouvrard-Skandals lassen sich die Auseinandersetzungen um das Sakrileggesetz als Artikulation und Kommunikation von Normenwandel und Normenkonkurrenzen analysieren. Die gegenseitige Skandalisierung, das Aufdecken vermeintlicher Übergriffe, diente dazu, die eigene Position zu klären und öffentlichkeitswirksam zu vermitteln. Das zeigte sich insbesondere in den Reaktionen der liberalen Opposition in der Kammer: So wandte sich Royer-Collard als Sprecher der gemäßigten *Doctrinaires* gegen die extreme, von Lamennais hervorgehobene Alternative, nach der sich Frankreich zwischen Theokratie und Revolution entscheiden müsse. Royer-Collard plädierte vielmehr im Sinne der *Charte Constitutionnelle* für die Religionsfreiheit jedes Einzelnen, aber er setzte sich zugleich für den Katholizismus als Staatsreligion und die staatliche Besoldung der Priester ein. Genau diese im Sinne der postrevolutionären Stabilisierung so wichtige Allianz zwischen Kirche und Staat sah er durch die vorgebliche klerikale Verschwörung gegen die Ordnung von 1815 bedroht. Benjamin Constant dagegen distanzierte sich von der Vorstellung einer notwendigen Allianz zwischen Kirche und Staat, umging allerdings in seiner entscheidenden Rede in der Abgeordnetenkammer auch die logische Folge seiner Position, nämlich das Eintreten für eine konsequente Trennung zwischen Staat und Kirche. Außerhalb des Parlaments war es aber gerade diese Position, die sich umso stärker entfaltete, zumal in der oppositionellen Tagespresse, welche die politische Auseinandersetzung um das Gesetz zum Skandal stilisierte: So trug der traditionell an Voltaires aufgeklärtem Antiklerikalismus orientierte *Constitutionnel* wesentlich dazu bei, die Vorstellung der klerikalen Verschwörung gegen die Ergebnisse von 1815

zu popularisieren. Entsprechend kritische Reaktionen fanden sich auch im *Courrier français*, im *Journal de Commerce* sowie im *Journal des Débats*, das zwar die Position Chateaubriands im Sinne eines aristokratischen Monarchismus verteidigte, aber vor einer klerikalen Unterwanderung der Politik warnte.²¹

Vor dem Hintergrund des Skandals formierte sich zum ersten Mal systematischer die Position einer strikten Trennung zwischen Kirche und Staat: Insbesondere bei den Mitgliedern der *Société de la morale chrétienne*, bei liberalen Universitätsprofessoren sowie Lesern des *Globe* wurden antikirchliche Stellungnahmen erkennbar, welche sich im Laufe des 19. Jahrhunderts immer stärker zu einer identifizierbaren ideologischen Position verdichteten und schließlich 1905 zur gesetzlichen Trennung zwischen Kirche und Staat beitrugen. Ohne dass das Sakrileggesetz jemals angewandt worden wäre, führte der Skandal darum zu einer richtungsweisenden Neupositionierung in der Debatte um das Verhältnis von Kirche und Staat. Die Mechanismen des Skandals gründeten auf gegenseitigen Missperzeptionen, in der schließlich der suggestive Mythos einer klerikalen Verschwörung gegen die Ergebnisse von 1815 entstand. Dieser negative Mythos, für den es in der historischen Wirklichkeit um 1824/1825 keine realen Anhaltspunkte gab, katalysierte auf dem Wege der parlamentarischen und vor allem außerparlamentarischen Empörungsgeste die Selbstidentifikation der liberalen Opposition und trug insofern auch zur Bildung einer durch die Distanzierung von der Bourbonenmonarchie homogenen Oppositionsbewegung im Vorfeld der Julirevolution von 1830 bei.

II.3 Erosion von Systemvertrauen – Der institutionalisierte Skandal in der orleanistischen Monarchie vor 1848

Das abschließende Beispiel von Skandalen in Frankreich vor 1848 verweist auf ein Grundproblem, das sich in der politischen Praxis nach der Julirevolution 1830 und der Etablierung der orleanistischen Monarchie entwickelte: Denn das politische Regierungssystem erwies sich als ausgesprochen anfällig für Korruption.²² Das lag wesentlich an der strukturellen Kompetenzverteilung, denn der Frühparlamentarismus war durch einen in der Verfassung festgeschriebenen Dualismus zwischen Krone und Parlament gekennzeichnet, der eine Dominanz der Abgeordnetenkammer ausschloss. In der konstitutionellen Monarchie, die anders als

²¹ Vgl. ebd., S. 32–34.

²² Vgl. Guy Antonetti, *Louis-Philippe*, Paris 1994; Robert Hervé, *La Monarchie de Juillet*, Paris 1994.

die später durchgesetzte parlamentarische Monarchie noch nicht den Mechanismus kannte, mit dem die Kammermehrheit die Regierung stürzen und damit die legislative Priorität gegenüber der Exekutive durchsetzen konnte, stellte die systematisierte Bestechung von Abgeordneten daher ein Mittel dar, um über personale Netzwerke auch Mehrheiten im Parlament zu bilden und die formal auf Kontrolle angelegte Beziehung zwischen Regierung und Kammer informell zu beeinflussen.

So kam es schließlich dazu, dass spätestens mit der Bildung des Ministeriums unter der faktischen Leitung François Guizots 1840 in der Öffentlichkeit eine verfassungskonforme Balance zwischen Krone und Parlament nur noch vorgegaukelt wurde, während die Regierung in der politischen Wirklichkeit immer mehr darauf angewiesen war, durch regelrechte Regierungsfunktionäre in der Kammer Mehrheiten zu organisieren. 1846 saßen in der französischen Abgeordnetenkammer nicht weniger als 148 solche Regierungsfunktionäre. Mindestens weitere 40 Abgeordnete waren der Regierung durch gewährte Konzessionen und faktische Geldzahlungen verpflichtet. Dieses System der institutionalisierten Wahlbestechung stellte eine zentrale Strategie dar, um im System des monarchischen Frühkonstitutionalismus einigermaßen verlässliche Mehrheiten sicherzustellen. Das spiegelte einen bestimmten verfassungshistorischen Entwicklungsstand wider, in dem eine Regierung noch nicht wie in Großbritannien aus einer Parlamentsmehrheit heraus gewählt und gestützt wurde, sondern noch vom Monarchen berufen wurde, zugleich aber parlamentarische Mehrheiten benötigte, nicht zuletzt, um einen Haushalt verfassungskonform verabschieden zu können.²³

Vor diesem Hintergrund entwickelte sich die parlamentarische Korruption seit den 1830er Jahren zu einem Leitmotiv der politischen Skandalisierung in Frankreich. Für den Zusammenhang dieses Beitrages ist dies deshalb von großer Bedeutung, weil sich damit eine zunehmende öffentliche Grundsatzkritik an der Praxis des monarchischen Konstitutionalismus verband, dessen Grenzen aufzeigte und schließlich auch die Legitimität der Julimonarchie erodieren ließ. Eine entscheidende Konsequenz dieser Skandalisierung des Verhältnisses zwischen Parlament und Regierung bestand darin, dass sich die politische Opposition immer mehr in den außerparlamentarischen Bereich verlagerte. Allein hier schienen die kritische Aufarbeitung der Praktiken und damit eine wirksame Kontrolle der politischen Entscheidungsprozesse noch möglich. Diese Verlagerung ging zugleich einher mit einer intensiven Berichterstattung in den politischen Medien. Das zeigte sich in den entsprechenden Skandalen um den Minister Teste wegen

²³ Vgl. André Jardin/André-Jean Tudesq, *Restoration and Reaction, 1815–1848. The Cambridge History of Modern France*, Cambridge 1988, S. 128–141.

Unterschlagung und 1848 in der sogenannten *Affaire Petit*, in der auch der bisher als integer geltende Minister Guizot in einen Korruptionsskandal verwickelt wurde. Bereits vor 1848 verdichteten sich diese Skandale und mündeten schließlich in den generalisierten Vorwurf, die ganze Regierung sei korrupt.²⁴ Für den *Constitutionnel* und weite Teile der politisch kritischen Öffentlichkeit waren diese Korruptionsskandale geradezu synonym für das frühparlamentarische Regierungssystem geworden, das es zu überwinden galt. Auch jenseits der Möglichkeit einer revolutionären Umwälzung wurden politisch-konstitutionelle Alternativen daher seit den 1840er Jahren immer intensiver diskutiert. In diesem Zusammenhang forderte Duvergier de Hauranne den Übergang von der konstitutionellen zur parlamentarischen Monarchie, da erst die parlamentarische Verantwortlichkeit der Minister und ihre Abhängigkeit von gewählten Mehrheiten die Praxis unterbinden könne, in der Regierungen auf *ad hoc*-Lösungen und unsichere Mehrheitsbeschaffungen angewiesen seien.²⁵

Aber auch über Frankreich hinaus wurde der Zusammenhang zwischen Parlamentarismus und Korruption sehr genau wahrgenommen und politisch als Argument eingesetzt. Angesichts der revolutionären Erschütterungen seit dem Frühjahr 1848 in Deutschland und der Frage der zukünftigen Ausgestaltung des politisch-konstitutionellen Systems forderte Friedrich Julius Stahl im Blick auf die Erfahrungen mit parlamentarisch institutionalisierter Korruption in Frankreich und Großbritannien, „daß uns das politische System des Westens fernbleibe [...] die Republik unter der Form der Monarchie, die Kammerherrschaft und deren Begleitung, die Kammerbestechung.“²⁶

²⁴ Vgl. aus den zeitgenössischen Publikationen etwa M. Parmentier, *Cour des Pairs. Affaire des mines de Gouhenans*, Paris 1847; [Anonym], *Cour des pairs. Affaire des mines de Gouhenans. Arrêt du samedi 26 juin 1847. Acte d'accusation* [[Texte imprimé]. Réquisitoire et réplique prononcés par M. Delangle, procureur général du roi. Procès-verbal des séances relatives au jugement de cette affaire.], Paris 1847; [Anonym], *Cour des pairs. Affaire des mines de Gouhenans. Correspondances et pièces diverses relatives à cette affaire*, Paris 1847; J.-B. Teste, *Cour des pairs. Affaire des mines de Gouhenans; observations de M. J.-B. Teste*, Paris 1848.

²⁵ Vgl. Prosper Duvergier de Hauranne, *Histoire du gouvernement parlementaire en France*, 10 Bde., Paris 1857–1871.

²⁶ Zit. nach: Thomas Ellwein, *Das Erbe der Monarchie in der deutschen Staatskrise: Zur Geschichte des Verfassungsstaates in Deutschland*, München 1954, S. 85.

III Zusammenfassung und Ausblick: Zur Pathologie des historischen Skandals als exemplarische Vertrauenskrise

Wie lassen sich die drei konkreten Fallkonstellationen in die Diskussion um eine Pathologie des historischen Skandals einordnen? Auf einer ersten Ebene lässt sich zunächst die eingangs bereits thematisierte Frage nach den möglichen Funktionen von Skandalen im politisch-sozialen Raum aufgreifen. Aus den oben näher untersuchten Beispielen lassen sich vor allem folgende allgemeine Aspekte ableiten:

a) Skandale tragen zu Prozessen des Normenwandels bei und spiegeln diese wider, das heißt sie wirken zugleich als Faktoren und Indikatoren. Daraus ergibt sich ihre kollektive Orientierungswirkung: Skandale bilden ein kommunikatives Forum für die Verhandlung von Werten, von Vorstellungen dessen, was in einem politisch-sozialen Raum noch akzeptiert ist und was nicht mehr. Das geht über die Dichotomien legitim/illegitim oder Recht/Unrecht hinaus, aber es wirkt auf diese zurück. Sie tragen damit dazu bei, verschiedene Grenzverhältnisse – allgemein zwischen kollektiven Interessen und individuellen Handlungen und spezifischer zwischen Politik und Recht, Politik und Wirtschaft, Politik und Moral, öffentlicher Politik und Privatsphäre und zuletzt auch zwischen Ökonomie und Ökologie – zu verhandeln und immer wieder neu zu bestimmen. Für den Historiker liegt der besondere aufschließende Wert historischer Skandale im multiperspektivischen Blick auf Norm- und Wertbestimmungen, auf Akteure, Institutionen und Medien.²⁷

b) Skandale dienen idealtypisch der politischen Herrschaftskontrolle. So wurden und werden sie auch immer wieder von Akteuren selbst interpretiert und ihre Konsequenzen legitimiert. Gegenüber etablierten Institutionen wie Parlament und Regierung setzen sie in dieser Perspektive eine kritische Öffentlichkeit und eine bestimmte Medienkultur voraus, um der Aufdeckung und Diskussion, der Rekonstruktion, Aufarbeitung und Sanktionierung von Normbrüchen ein wirksames Forum zu bieten. Doch darf dieses suggestive Interpretationsmuster, Skandalen eine gleichsam kathartische, politisch scheinbar notwendige Funktion zuzubilligen, nicht dazu verleiten, die immer wieder hoch ambivalente Wirkung von Skandalen zu unterschätzen. In konkreten historischen Situationen

²⁷ Vgl. Hondrich, *Enthüllung*, S. 28–30, S. 65; Wilfried von Bredow, „Legitimation durch Empörung. Vorüberlegungen zu einer politischen Theorie des Skandals“, in: Schoeps (Hrsg.), *Skandal*, S. 190–208.

sind sie ebenso Abbilder bestimmter Interessenkonstellationen, sie lassen sich instrumentalisieren, um bestimmte Positionen infrage zu stellen und andere durchzusetzen. Andererseits unterlaufen Skandale bestimmte Akteurs- und Publikumerwartungen immer wieder aufgrund der Differenz zwischen den Akteursintentionen und den Eigenlogiken von Skandalisierungsprozessen. Daraus ergeben sich die oft paradoxen, hiatischen Umschläge in den Narrativen, etwa durch die Rollenumkehr von Tätern als Opfer und Opfern als Täter.

c) Skandale wirken durch bestimmte, besonders suggestive Narrative, in denen Normbrüche personalisiert und damit in besonderer Weise identifizierbar werden. Die Bestandteile dieses dynamischen Narrativs bieten emotionale Ableitung und kollektive Entlastung durch die individuelle Markierung und Sanktionierung von Schuld, Verrat und Vertrauensbruch. Aus der Balance zwischen Aufdeckung, Empörung, Auseinandersetzung und der Möglichkeit der kollektiven Einigung lassen sich bestimmte Werte und Normen neu aktualisieren.

d) In diesem Sinne sind Skandale Momente verdichteter Kommunikation. Dabei beruht die besondere Medialisierbarkeit und Suggestionskraft von Skandalen immer wieder auf religiös imprägnierten Symbolsprachen und auf von ihnen abgeleiteten Rollenbildern von Tätern, Entdeckern und Opfern sowie Momenten von Schuld, Buße und Erlösung. Skandale basieren in diesem Sinne auf vielfältigen Konversionen: von religiösen Symbolsprachen in politische und soziale Erfahrungsräume, von Religion in Politik, von Recht in Politik, von Moral in Ökonomie. Solche Narrationsmuster wirken komplexitätsreduzierend und strukturieren die Wahrnehmung und Beurteilung von Normverletzungen. Sie vermitteln den Eindruck einer erweiterten Partizipation über politische und soziale Eliten hinaus, indem sie komplexe Sachverhalte durch dichotomische Beurteilungen erschließen.²⁸

e) Skandale tragen als Momente der krisenhaften Zuspitzung von Werte- und Normendebatten sowie als Schleusen historischer Erfahrungsverdichtung zur Temporalisierung von Erfahrungen bei, indem sie durch Krisenmomente ein Vorher und Nachher markieren und von daher kollektive historische Referenzpunkte für die sinnhafte Anverwandlung von Krisen und Umbrüchen bilden. Aus Skandalen speisen sich kollektive Deutungsspeicher, die historische Analogien und Vergleiche erlauben.

Auf einer zweiten interpretatorischen Ebene lassen die untersuchten Fälle Rückschlüsse auf die besondere Situation Frankreichs nach 1815 zu: Die hier skizzierten Skandale waren Teil der konfliktbeladenen Suche nach Bedingungen

²⁸ Vgl. John B. Thompson, *Political Scandal. Power and Visibility in the Media Age*, Cambridge 2000.

stabiler politischer und sozialer Ordnung in einer postrevolutionären Gesellschaft. Aus traditionellen Herrschaftsbegründungen, Restaurationsansprüchen und neuen, aus der Revolution und dem Empire abgeleiteten Erfahrungen ergab sich ein ungemein spannungsreicher Rahmen für die Aushandlung von Normen und Werten. Die Halbwertszeit der verhandelten Ordnungsmuster stand dabei immer stärker unter dem Vorbehalt der nächsten Krise, die sich nicht allein in den Revolutionskatarakten zwischen 1814/1815 und 1871 zeigte, sondern gerade in den zeitgenössischen Skandalen. In ihnen zeigte sich seismographisch der prekäre, jedenfalls nicht konsensstiftende Charakter der Ordnungsentwürfe seit dem chronologischen Ende der Revolution. Seit den 1820er Jahren dokumentierten die untersuchten Skandale, wie sich in der medialen Zuspitzung und öffentlichen Debatte Normengefüge veränderten: War es in den 1820er Jahren noch um die Konflikte zwischen Ultraroyalisten und konstitutionellen Liberalen gegangen, verschoben sich die Konflikte in den 1840er Jahren auf die Korruptionsanfälligkeit des Parlaments.²⁹

Wenn Frank Bösch als drei idealtypische Wesenszüge des Skandals einen Normbruch einer Person oder einer mit der Wahrung von Normen identifizierten Institution, zweitens die Aufdeckung des Normbruchs sowie drittens eine breite öffentliche Empörung identifiziert, dann zeigt das Beispiel der postrevolutionären Skandale in Frankreich alle drei Elemente, vor allem aber die Veränderung in der Normkonkurrenz im Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft, zwischen revolutionärer Erfahrung und postrevolutionärer Suche nach stabilisierenden politischen und sozialen Ordnungsmustern.³⁰ Im Falle Ouvrards deckte der Normbruch des *financier* erst das Versagen des Systems auf und trug so zur Erosion regierungsamtlicher Autorität bei. Das Beispiel des Sakrileggesetzes zeigte, wie sich der von den Zeitgenossen wahrgenommene Normbruch erst aus dem Anachronismus einer an mittelalterlichen Vorstellungen orientierten Rechtsprechung ergab. Die Skandalisierung setzte den suggestiven Mythos der klerikalen Verschwörung voraus. In den Parlamentsskandalen der 1840er Jahre lag der Normbruch schließlich gleichsam institutionalisiert im Dualismus zwischen Regierung und Parlament. Die Aufdeckung des Normbruchs verlagerte sich in den drei Skandal-konstellationen immer mehr aus dem Parlament heraus in eine medial integrierte Öffentlichkeit. Darin spiegelte sich zugleich die schleichende Erosion des Parlaments als integrierendem Faktor der postrevolutionären politischen Kultur

²⁹ Vgl. zur historischen Kontextualisierung von Skandalen in Frankreich auch Brian Jenkins/Peter Morris, „Political Scandal in France“, in: *Modern Contemporary France*, 1/1993, 2, S. 127–137; Paul Jankowski, *Shades of indignation. Political scandals in France, past and present*, New York 2008.

³⁰ Vgl. Bösch, *Geheimnisse*, S. 9 und Hondrich, *Enthüllung*, S. 40 und 59.

Frankreichs wider; bot das Parlament im Falle Ouvrards noch den Rahmen für die Aufarbeitung, so war es in den 1840er Jahren selbst zum Objekt der Skandalisierung geworden.

Die öffentliche Empörung im Skandal führte zu neuen Formen und Organisationen der politischen Kommunikation. Vor allem resultierte aus ihr eine entscheidende politische Neupositionierung, sei es im Verhältnis zwischen Staat und Kirche in den 1820er Jahren oder im Blick auf die Defizite der konstitutionellen Monarchie in den 1840er Jahren. Diese neuen Formen der politischen Kommunikation ließen im Skandal eine neuartige Kluft zwischen dem Sagbaren und dem Machbaren sichtbar werden: Die Öffentlichkeit provozierte in der Aufdeckung und Aufarbeitung der Skandale Erwartungen, die in der Realität häufig immer weniger erfüllt werden konnten. Das Ergebnis war ein sich in den Skandalen stets fortsetzendes, sich potentiell zuspitzendes Legitimationsdilemma.³¹

Skandale lassen sich als exemplarische Vertrauenskrisen beschreiben. Vertrauen dient in dieser Sicht zunächst der Komplexitätsreduktion: Weil der Mensch nie alle Handlungen eines anderen einschätzen und lenken kann, und die perfekte Kontrolle des anderen unmöglich ist, entspricht es einer rationalen Strategie, dem anderen ab einem gewissen Punkt zu vertrauen. Vertrauen ist notwendig mit der Abschätzung von Risiken verbunden und hat eine zweifache Dimension: als Vertrauen in Individuen (*trust*) und als ein Sich-Verlassen auf Institutionen, als Systemvertrauen (*confidence*). Vertrauen ist nach Niklas Luhmann als eine Form des sozialen Kapitals zu verstehen, das erhalten und vermehrt werden muss, um die Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft zu garantieren und das nur schwer durch andere Aufwendungen in Zeit und Geld ersetzt werden kann.³²

In den hier analysierten Skandalen erodierte das Vertrauen in politische Akteure und zugleich das Systemvertrauen in konstitutionelle Institutionen. Dahinter stand der permanente Spannungszustand einer postrevolutionären Gesellschaft, die sich noch mitten in einem Umbruch von politischen Normen und sozialen Wertgefügen befand und die erfahren musste, dass sich die Revolution auch in einer postrevolutionären Gesellschaft allenfalls dialektisch fassen, nicht aber restaurativ aufheben oder durch politische Verordnung chronologisch beenden ließ. Ein Ende der Revolution war in diesem Sinne nicht mehr absehbar; die eigene Gegenwart erschien immer mehr als Periode des beschleunigten Über-

³¹ Vgl. Willibald Steinmetz, *Das Sagbare und das Machbare: Zum Wandel politischer Handlungsspielräume, England 1780–1867*, Stuttgart 1993.

³² Vgl. Adam B. Seligman, *The Problem of Trust*, Princeton 2000; Martin Hartmann, *Vertrauen: Die Grundlage des sozialen Zusammenhalts*, Frankfurt am Main 2001; Niklas Luhmann, *Vertrauen: Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität*, 4. Aufl. Stuttgart 2000; Ute Frevert (Hrsg.), *Vertrauen: Historische Annäherungen*, Göttingen 2003.

gangs, der dauernden Bewegung oder permanenten Krise. Das erklärte die Anfälligkeit der Ordnungsmuster nach 1815, ihren prekären Charakter, ihre stets verkürzte Halbwertszeit und die seismische Qualität der Skandale als Knotenpunkte zeitgenössischer Erfahrungsverdichtung. Alexis de Tocqueville schrieb 1850:

Ce qui est clair pour moi, c'est qu'on s'est trompé depuis soixante ans en croyant voir le but de la révolution [...]. Il est évident que le flot continue à marcher [...] que non-seulement nous n'avons pas vu la fin de l'immense révolution qui a commencé avant nous, mais que l'enfant qui naît aujourd'hui ne la verra [...] pas.³³

³³ „Brief Tocquevilles an Eugène Stoffels vom 28. April 1850“, in: Alexis de Tocqueville, *Œuvres et correspondance*, Bd. 1, Gustave de Beaumont (Hrsg.), Paris 1861, S. 460 f.

Birgit Aschmann, Berlin

Die zwei Körper der Königin: Isabella II. von Spanien und das doppelte Zerwürfnis in Ehe und Nation¹

I Einleitung

Als im Mai 2010 dem spanischen König ein gutartiges Geschwür aus dem rechten Lungenflügel entfernt werden musste, verfolgte die internationale Öffentlichkeit den Ausgang der Operation mit Aufmerksamkeit und Anteilnahme. „Juan Carlos ist ein vorbildlicher Monarch, frei von Skandalen. Ich wünsche ihm eine gute Besserung“, lautete einer der Leserkommentare auf dem Online-Forum eines deutschen Magazins.² Die Vorbildlichkeit des Monarchen wurde durch den Nachsatz mit einem skandalfreien und damit offenbar moralisch nicht zu beanstandenden Lebenswandel begründet. Die innerspanische Berichterstattung unterstrich die Untadeligkeit des Familienlebens durch demonstrative Hinweise auf die Präsenz der engsten Verwandten am Krankenbett.³ Doch mehr noch als der moralischen galt die Aufmerksamkeit jetzt der physischen Integrität des Monarchen, und die Information, wonach sich Juan Carlos insgesamt einer stabilen Gesundheit erfreue, wurde mit allgemeiner Erleichterung aufgenommen.⁴ Die intensive Aufmerksamkeit, die den physischen Irregularitäten des Monarchen von sämtlichen Sportverletzungen bis hin zu frühen Gerüchten über eine Krebserkrankung gewidmet wurde, lässt sich erklären vor dem Hintergrund, dass die physische und moralische Integrität des menschlichen Körpers in unmittelbaren Zusammenhang gebracht werden mit dem institutionellen ‚Körper‘ des Königs, d.h. der spanischen Monarchie. Deren integrative Kraft scheint aufs Engste mit der Reputation des

¹ Der vorliegende Beitrag beruht auf der Anfang 2010 vorgelegten Textversion. Die seitdem erschienene Literatur (u.a. die große Biographie von Isabel Burdiel, *Isabel II. Una biografía (1830–1904)*, Madrid 2010) konnte nicht mehr ausgewertet werden. Nur die letzten Sätze des Beitrags wurden leicht verändert, weil die aktuellen Skandale im spanischen Königshaus eine Umformulierung zwingend machten.

² Anonymer Leserkommentar vom 09.05.2010 zum Focus-Artikel vom 08.05.2010 (online), www.focus.de/politik/ausland/juan-carlos-aerzte-geben-nach-op-entwarnung_aid_506203.html (Stand: 22.12.2010).

³ Vgl. u.a. *El Mundo*, 08.05.2010.

⁴ Siehe u.a. *El País*, 08.05.2010. Dabei ging der Artikel auf die Krankenakte des Monarchen seit 1985, d.h. sämtliche Sportverletzungen und operativen Eingriffe, ein.